



Nr. 5

MaI 1986

AKTUELLES

Neues Statut für Seeleute	47
Südafrikanische Gewerkschaften unter Druck	48
Tunesien: Regierung greift UGTT an	49
ITF fordert: Legalisiert Boykotte	50

Binnenverkehr

Eisenbahnergewerkschaften unterstützen JNR-Kampagne	50
Straßensicherheit — Aktionswoche	51
Österreich: Straße/Eisenbahn-Erfolg	52
Computer für Frachtverkehr: Bedrohung der Arbeiter	52

Reisenbüropersonal

WTO: Europa ist noch sicher	53
-----------------------------	----

Zivilluftfahrt

Unterschriftensammlung: Indische Gewerkschaften	54
USA: Rechtsschutz für Angestellte	54
ICAA: Flughafenarbeiter sollten konsultiert werden	55
Europäische Entscheidung über Deregulierung	55

Seeleute

Japan: Gemeinsame Aktion gegen Billigflaggen	56
Pariser Regierung will neue Billigflagge	57
ITF-Kampagne: Kartellkomitee tagt in London	57

Hafenarbeiter

Streiks in Australien -- verhandlungen scheitern	58
--	----

Todesfall

58

Neues Statut für Seeleute

Der neue Entwurf eines internationalen Arbeitsstatus war eines der Ergebnisse der Technischen Vorbereitungskonferenz der Seefahrt (PTMC), die vom 5. bis 16. Mai in der Genfer Zentrale der IAO stattfand. Der Entwurf deckt die Bereiche soziale Absicherung, Gesundheitsschutz, medizinische Versorgung, Wohlfahrt und Repatriierung von Seeleuten ab. An der Konferenz nahmen Dreierdelegationen (Regierungsvertreter, Reeder und Seeleute) aus 40 Seefahrtsnationen teil. K. Mols Sörensen, der Vorsitzende der Sektion Seeleute der ITF, wurde zum Vorsitzenden der Gruppe gewählt. Ake Selander, stellvertretender Generalsekretär der ITF, wurde zum Sekretär gewählt, und Leo Barnes (NUSI, Indien) wurde zum Vizepräsidenten der Konferenz gewählt, was die Tatsache reflektierte, daß die große Mehrheit der Seeleute-Delegationen von den der ITF angeschlossenen Gewerkschaften kamen.

Die Vorbereitungskonferenz gehört zur Maschinerie der IAO im maritimen Bereich. Ihre Aufgabe ist es, Entwürfe internationaler Arbeitsstatuten vorzulegen (Konventionen und Empfehlungen). Dieses Mal wurde von der PTMC über die Vorbereitung eines internationalen Instrumentariums in vier wichtigen Gebieten gesprochen: Die Wohlfahrt der Seeleute auf See und an Land; soziale Absicherung; Gesundheitsschutz und medizinische Versorgung; sowie Repatriierung.

Die Arbeit im Bereich Wohlfahrt wurde von Eric Nevin (NUMAST, Großbritannien) koordiniert. Der Text der Konvention verlangt von den Regierungen angemessene kulturelle, Wohlfahrts-, Freizeit- und Informations-Einrichtungen für Seeleute an Land und an Bord. Der Text, eine Empfehlung, befaßt sich damit, welche Art von Einrichtungen von den Regierungen geschaffen werden sollen, und verlangt, daß Wohlfahrtseinrichtungen aus öffentlichen Geldern, Abgaben oder freiwilligen Beiträgen finanziert werden sollen.

Zum Thema soziale Absicherung war Pat Geraghty von der SUA, Australien, der Sprecher der Seeleute. Ein Entwurf der Konvention wurde verabschiedet, obwohl die zentralen Fragen, der finanziellen Verantwortung der Reeder und ob der Staat, unter dessen Flagge das Schiff fährt, oder das Land, in dem die Reederei ihren Sitz hat, für die soziale Absicherung der Seeleute verantwortlich sein soll, offengelassen wurden.

Im Bereich Gesundheitsschutz und medizinische Versorgung koordinierte Sven Erik Nylund (Finnische Offiziersgewerkschaft)

die Diskussion. Sie resultierte in der Verabschiedung eines Konventions-Entwurfs. Der Text legt die Normen für die medizinische Ausstattung der Schiffe und den Entwurf von medizinischen Richtlinien, für medizinische Beratung über Funk oder Satellit und für die medizinische Ausbildung fest. Neben der allgemeinen Ausbildung für Soforthilfe bei Krankheit und Unfällen an Bord für alle Seeleute, verlangt der Text-Entwurf weitergehende Ausbildung "spezifischer Personen" an Bord aller Schiffe, ausgenommen kleine Küstenschiffe, so daß u.a. eventuell auch intravenöse Injektionen gemacht werden können.

Die schwierigsten Diskussionen der zweiwöchigen Konferenz fanden in dem Komitee statt, das sich mit der **Repatriierung** von Seeleuten befaßte. Hier wurden die Seeleute von Frank Drozak(SIU, USA) vertreten. Es wurde auch beschlossen, einen Konventions-Entwurf aufzusetzen. Der größte Teil der darin eingegangenen Bestimmungen wurden jedoch gegen den starken Widerstand der Gruppe der Reeder verabschiedet. Das neue Instrument sieht vor, daß ein Seemann nach 6monatigem Dienst berechtigt ist, repatriert zu werden, sowie wenn er krank ist, das Schiff ein Wrack ist usw. Die Repatriierung soll normalerweise auf dem Luftweg ins Aufenthaltsland des Seemannes, das Anheuerungsland, sein Heimatland oder irgendeinen anderen Ort der Wahl des Seemanns, sofern dies nicht teurer wird, erfolgen. Die Kosten sollen vom Reeder getragen werden. Die Heuer und Zuwendungen sollen weiter vom Reeder gezahlt werden, bis der Seemann das gewählte Reiseziel erreicht. Das Land, unter dessen Flagge das Schiff fährt, das Land, in dem sich der Hafen befindet, oder, falls nötig, das Land, dessen Staatsbürger der Seemann ist, soll die Kosten übernehmen, falls der Reeder dies nicht tut.

Zusätzlich zu den vier Technischen Komitees kam während der Konferenz eine spezielle Arbeitsgruppe zusammen, um über einen neuen Mechanismus zu entscheiden, mit dem Konventionen in den Appendix der IAO-Konvention 147 eingebracht werden können. Diese Konvention hilft Staaten mit Häfen, in denen Schiffe anlegen, die Mindestnormen an Bord einzuhalten, auch wenn der Staat, unter dessen Flagge das Schiff fährt, dies nicht tut. Die Konferenz billigte ein Verfahren, wonach es künftig möglich sein wird, soziale Fragen, die von den IAO-Konventionen erfaßt werden, leichter der staatlichen Kontrolle in den Häfen zu unterwerfen.

Alle von der PTMC getroffenen Entscheidungen werden von der Plenarsitzung der Internationalen Arbeitskonferenz zum Thema maritime Fragen im Oktober 1987 noch einmal überprüft, an der alle Mitgliedsstaaten der IAO teilnehmen können.

Südafrikanische Gewerkschaften unter Druck

Die Gewerkschaften der schwarzen Südafrikaner führten am 1. Mai eine Massendemonstration in Opposition gegen die weiße

Minderheitsregierung durch. Sie waren dabei der organisierten Gewalt der Polizei und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt.

Die Mitglieder der der ITF angeschlossenen Allgemeinen Arbeitergewerkschaft (GWU) blieben der Arbeit fern, um an den 1. Mai-Demonstrationen teilzunehmen. Der ITF wurde später von der GWU berichtet, daß Arbeiter der Everite-Fabrik in Kapstadt, als sie friedlich zu einer Massenveranstaltung gingen, von den Polizeikräften angegriffen wurden. Die Polizei befahl ihnen, in ihre Unterkünfte zurückzukehren und setzte Tränengas ein.

Fünf Gewerkschaftler - darunter Msokoli Qotoli, der Generalsekretär der GWU - , wurden unter der berüchtigten Sektion 50 des Gesetzes über die innere Sicherheit verhaftet, welches der Polizei erlaubt, eine Person 48 Stunden ohne Strafanzeige oder Hinzuziehung eines Rechtsvertreters festzuhalten.

ITF-Generalsekretär Harold Lewis schickte zwei Telexe an den Präsidenten Südafrikas und die Botschaft des Landes in London, in denen er gegen die Verhaftung der Gewerkschaftler protestierte und ihre sofortige Freilassung verlangte. "Aktionen der Polizei und die Verhaftungen waren völlig ungerechtfertigt und provokativ. Haben GWU unserer absoluten Unterstützung versichert und werden der Sache maximale Publizität geben", fügte er hinzu.

Die südafrikanische Regierung ließ tatsächlich die fünf Gewerkschaftler innerhalb von 48 Stunden frei, ohne Anzeige zu erstatten - womit sie wieder bewies, daß die Aufhebung des Ausnahmezustands nichts an den weitreichenden, willkürlichen staatlichen Maßnahmen zur Verfolgung der Mehrheit geändert hat.

Tunesien: Regierung greift UGTT an

Die unermüdlichen Versuche der tunesischen Regierung, die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in ihrem Land zu zerstören, einschließlich der Einkerkering des UGTT-Generalsekretärs des Nationalen Zentrums, Habib Achour (ITF-News, April), dauern an, trotz des wachsenden internationalen Protests der freien Gewerkschaftsbewegung.

Gemeinsam mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und anderen Internationalen Berufssekretariaten (IBSs) hat ITF-Generalsekretär Harold Lewis dem tunesischen Präsidenten Habib Bourgiba am 29. April ein Telegramm geschickt, in dem die Freilassung Achours und "echte Verhandlungen mit der Führung der UGTT" verlangt werden.

Aber am nächsten Tag sanktionierte die tuneische Regierung einen Scheinkongreß der Gewerkschaft, der von Anhängern der Regierung

organisiert wurde, die behaupteten, einen neuen Gewerkschaftsvorstand gewählt zu haben; der dann die legitime UGTT-Führung denunzierte und erklärte, daß die neue Führung der regierenden Partei und der Regierung zur Seite stehen werde. Die wahren UGTT-Führer haben den Kongreß und die Wahlen als "illegal" verurteilt und die Freilassung Anchours und anderer inhaftierter Aktivisten verlangt. Sie betonen, daß die UGTT-Mitglieder nicht akzeptieren würden, was praktisch auf eine Übernahme ihrer Gewerkschaft durch die Regierung hinauslaufe.

ITF fordert: Legalisiert Boykotte

Regierungen, denen es ernst ist mit der Durchführung des UN-Waffenboykotts gegen Südafrika, sollten mit der Legalisierung der Boykottaktionen der Transportarbeitergewerkschaften beginnen. Dies war die Botschaft, die ITF-Generalsekretär Harold Lewis dem Internationalen Seminar über das UN-Waffenembargo (28.-30. Mai) in London überbrachte.

Das Treffen, das gemeinsam vom UN-Apartheid-Komitee und der Anti-Apartheid-Bewegung (AAM) gesponsort wurde, fand statt, um über Möglichkeiten zu sprechen, wie das Verbot von Waffenlieferungen für die südafrikanischen Streitkräfte wirksamer gemacht werden könnte. In einer Erklärung, die Harold Lewis auf dem Treffen abgab, betonte er, daß die ITF durch ihre Verfassung verpflichtet sei, sich "jeder Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, Nationalität, Rasse oder Religion" zu widersetzen. Bei der Verfolgung dieses Ziels hätten die ITF-Gewerkschaften, wie er unterstrich, so viel wie jede andere und mehr als die meisten Gewerkschaften boykottiert, demonstriert und Druck ausgeübt.

Die Regierungen sollten, so verlangte er, es zu einem schweren Verbrechen machen, wenn Schiffe, die unter der Flagge ihres Landes fahren, Waffen oder Öl, die für Südafrika bestimmt sind, transportieren. Die Regierungen sollten gleichzeitig sicherstellen, daß die Arbeiter und Gewerkschaften, die am Boykott von Waren, die für Südafrika bestimmt sind, teilnehmen, deshalb nicht rechtlich verfolgt werden.

BINNENVERKEHR

Eisenbahnergewerkschaften unterstützen JNR-Kampagne

Eisenbahnergewerkschaften von allen Kontinenten erklärten ihre Solidarität mit den japanischen Eisenbahnergewerkschaften zum von

der ITF geförderten Internationalen Aktionstag am 14. Mai, der sich gegen die Pläne der japanischen Regierung richtete, die japanischen Eisenbahnen (JNR) zu privatisieren und 124 000 Mitarbeiter auf die Straße zu setzen.

Die Gewerkschaften schickten Delegationen und Protestbotschaften an die japanische Regierung, die ihrem Widerstand gegen das geplante Auseinanderbrechen der JNR in mehrere miteinander konkurrierende Unternehmen Ausdruck gaben. Die geplanten Massenentlassungen - und daß die Regierung gegen "Störenfriede" (Gewerkschaftsaktivisten) diskriminieren will, wenn es darum geht, wer entlassen wird - waren die Kernpunkte zahlreicher Protestbotschaften.

Der Gesetzentwurf, der jetzt dem japanischen Diet vorliegt, sieht vor, das Eisenbahnsystem mit Wirkung vom 31. März 1987 aufzulösen. Die Kampagne gegen die Privatisierung dauert an. Anfang des Jahres hatten bereits 40% der japanischen Bevölkerung Petitionen gegen diesen Schritt unterschrieben. Die ITF wird weiterhin ihren Mitgliedern, der KOKURU und der DORO, in ihrer Kampagne jede nur erdenkliche Hilfe leisten.

Straßensicherheit — Aktionswoche

Die europäischen Transportarbeitergewerkschaften der ITF haben eine erfolgreiche, gemeinsame Aktionswoche durchgeführt - die Straßenverkehrssicherheitswoche vom 21. bis 26. April - , die Autofahrer und die Öffentlichkeit auf die Gefahren der neuen Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft über die Arbeitszeit der Fahrer aufklären sollte.

Die neuen Bestimmungen, die in fast unverständlicher, bürokratischer Sprache formuliert sind, erhöhen praktisch die Zahl der Stunden, die LKW- und Busfahrer pro Woche gesetzlich fahren können. Wenn sie im September in Kraft treten, wird sich die Zahl der Fahrer in Europa unweigerlich erhöhen, die unter Ermüdungserscheinungen leiden.

Die ITF hat Entwürfe von Pamphleten und Plakaten für die ihr angeschlossenen Gewerkschaften gedruckt und eine europäische Aktionswoche mit Pressekonferenzen und dem Verteilen von Material koordiniert. Die Teilnahme an der Aktionswoche war umfassend - Transportarbeitergewerkschaften in Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Dänemark, England, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Schweden und Österreich nahmen teil.

Die Transportarbeitergewerkschaften außerhalb der Europäischen Gemeinschaft nahmen teil, weil die Bestimmungen auch sie betreffen werden. Die Vorschriften werden in das

AETR-Straßentransportabkommen der Vereinten Nationen eingehen. In Zypern z.B. druckte die der ITF angeschlossene FTPAW 20 000 Broschüren, die auf allen Arbeitsplätzen im Lande an Bus-, Taxi- und LKW-Fahrer verteilt wurden. Die Gewerkschaft schätzt, daß beinahe jeder Betroffene im Lande informiert worden ist.

Das Koordinierungskomitee der Sektion Straßentransport der ITF trat am 21. und 22. Mai in London zusammen, um die Ergebnisse der Woche auszuwerten, weitere publizistische Kampagnen gegen die EG-Regulierungen zu erwägen, Untersuchungen über Gesundheits- und Sicherheitsfragen zu diskutieren und die Konferenz der Sektion in Luxemburg vorzubereiten.

Österreich: Straße/Eisenbahn-Erfolg

Das ehrgeizige Investitionsprogramm der österreichischen Regierung zur Kombination von Straßen- und Eisenbahnverkehr - das darauf abzielt, den LKW-Verkehr verstärkt im Huckepacksystem mit den Eisenbahnen zu befördern, zeigt erste Erfolge.

Nach dem "Wall Street Journal" ist der Eisenbahngüterverkehr in Österreich von 9,4 Millionen Tonnen 1984 auf 10,4 Millionen Tonnen im vergangenen Jahr angestiegen, eine beachtliche Steigerung zu einer Zeit, da die meisten europäischen Eisenbahnnetze eine Verringerung ihres Güterverkehrs erleben.

Österreichs Förderung des Eisenbahnverkehrs und des Huckepacksystems ist das Ergebnis starker Bedenken der Öffentlichkeit über das hohe Niveau des europäischen LKW-Durchgangsverkehrs - Österreich ist einer der Verkehrsknotenpunkte Europas, und der ungehemmte LKW-Verkehr droht Umweltschäden zu verursachen.

Computer für Frachtverkehr: Bedrohung der Arbeiter

Neue Computersysteme, die über Satelliten kommunizieren und den Güterverkehr kontrollieren, waren Gegenstand eines zweitägigen vom DGB, dem deutschen Dachverband der Gewerkschaften, veranstalteten Seminars am 18./19. April in Münster. Die Veranstaltung, die gemeinsam mit der ÖTV und anderen DGB-Gewerkschaften durchgeführt wurde, die der ITF angehören, befaßte sich damit, wie die neuen Technologien dazu benutzt werden, die Beförderung von Gütern zwischen Fabriken, Häfen und Einzelhandelsgeschäften zu beschleunigen.

Diese als "Logistik" bezeichnete Entwicklung - ein militärischer Begriff - wurde im einzelnen von Wolfgang Baars, dem die

Diskussion leitenden ÖTV-Vertreter, beschrieben. Er erwähnte wichtige neue Entwicklungen wie die "zeitgerechte Produktion", die die Notwendigkeit der Lagerung von Bauteilen oder Fertigprodukten für die Herstellung oder für den Vertrieb drastisch verringern. Die Auswirkungen auf die Beschäftigten sind Arbeitsplatzverluste, deutlich stärkere Arbeitsbelastung und das strikte Überprüfen des Aufenthalts und des Verhaltens der Fahrer im Straßentransport. Andere Sprecher gaben ihrer Besorgnis Ausdruck, daß die Bundesregierung die Entwicklung der "Logistik" stark subventioniere, ohne den sozialen Auswirkungen entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen.

ITF-Forschungsexperte David Cockroft, der am Seminar teilnahm, betonte, obwohl die Transportarbeitergewerkschaften in anderen Ländern sich intensiv mit Auswirkungen der neuen Technologien befaßten, wäre bisher wenig im spezifischen Bereich der "Logistik" geschehen. Er sicherte die Unterstützung der ITF bei der Förderung des Austauschs von Informationen und Erfahrungen zwischen den Gewerkschaften der Bundesrepublik und anderen Gewerkschaften in diesem Bereich zu.

REISEBÜROPERSONAL

WTO: Europa ist noch sicher

Die Kommission Europa der Welttourismusorganisation (WTO) hat amerikanischen Touristen gesagt, sie sollten ihre Urlaubsreisen nicht aus Angst vor Terroristen absagen. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution betonte die WTO auf ihrer Sitzung vom 12. bis 14. Mai in Helsinki, daß die Sicherheitsvorkehrungen in ganz Europa besser wären als je zuvor.

"Das Leben geht weiter wie immer, ist das Stichwort in allen europäischen Ländern heute wie auch in der Vergangenheit", bestätigte die Resolution. Trotz dieser und anderer Versicherungen ist die Zahl der US-Touristen, die in diesem Sommer Reisen nach Europa gebucht haben, jedoch drastisch zurückgegangen.

Die ITF, die der WTO angehört, wurde auf dem Treffen vom Vorsitzenden der Sektion Reisebüro, Lars Hellman, und dem Sektionssekretär Bernie Beyertt repräsentiert. Über 60 Delegierte der Mitglieder-Organisationen, der angeschlossenen Regierungen und Gewerkschaften besprachen eine Vielzahl von Themen der Tourismusindustrie.

Unterschriftensammlung: Indische Gewerkschaften

Das neun Monate alte Gesamtindische Koordinierungskomitee der Luftfahrtgesellschaften (ITF News, November 1985), in dem die meisten Luftfahrtgewerkschaften Indiens zusammengeschlossen sind, einschließlich aller ITF-Mitglieder, hat beschlossen, dem indischen Ministerpräsidenten ein Memorandum in Form einer Petition zu unterbreiten, worin die Gewerkschaftspositionen zur Luftfahrtpolitik enthalten sind.

Das Ziel ist, die Unterschriften aller der nahezu 50 000 Mitarbeiter der Luftfahrtindustrie zur Unterstützung des Memorandums zu sammeln - als Demonstration der einheitlichen Haltung der Gewerkschaften. Der Beschluß, die Unterschriftenkampagne zu beginnen, wurde auf der letzten Sitzung des Komitees am 20. März in Neu-Delhi gefaßt. Erste Berichte deuten darauf hin, daß die Kampagne erfolgreich verläuft und die Reaktion gut ist.

Das Komitee hat beschlossen, gegen Ende des Jahres ein Nationales Seminar über Sicherheit im Flugverkehr abzuhalten, und als Zeichen des Danks für die Hilfe, die die ITF gegeben hat, ist der Sekretär der ITF-Region Asien/Pazifik, Mo Hoda, vom Komitee zum Ehrenmitglied kooptiert worden.

USA: Rechtsschutz für Angestellte

Der der ITF angeschlossene amerikanische Pilotenverband (ALPA), mit einer Mitgliederzahl von 34 000 Piloten, hat das geplante Gesetz begrüßt, das den Mitarbeitern, die durch Zusammenschlüsse von Fluggesellschaften betroffen sind, Schutz garantiert.

"Die ständige Unruhe in der Flugindustrie seit der Deregulierung - so die kürzliche Serie von Zusammenschlüssen von Fluggesellschaften - zusammen mit der Weigerung des Transportministeriums bei den jüngsten Firmenzusammenschlüssen, den Mitarbeitern Schutz zu bieten, hat ein dringendes Bedürfnis nach einer gesetzlichen Regelung geschaffen", erklärte ALPA-Präsident Flugkapitän Henry Duffy.

Nach der Abschaffung des Zivilluftfahrtamts durch die Regierung 1984 - das den Piloten bei Zusammenschlüssen Schutz gegeben hatte - wird den Piloten der Fluggesellschaften bei Zusammenschlüssen kaum irgendwelcher Schutz gegeben. Der Gesetzentwurf, der im amerikanischen Kongreß am 15. Mai eingebracht worden ist, soll diese Schutzbestimmungen wieder einführen.

ICAA: Flughafenarbeiter sollten konsultiert werden

Die ITF war am 24. und 25. April zum ersten Mal auf einem Seminar des Internationalen Verbandes der Zivilflughäfen (ICAA) in Dubrovnik, Jugoslawien, durch den Sekretär der ITF-Sektion Zivilluftfahrt, Bernie Beyertt, vertreten. Die ICAA, eine internationale Dachorganisation der Zivilflughäfen, tagte, um über die "Auswirkungen moderner Technologie auf die Leitung des Flughafenpersonals" zu sprechen. Über 80 Teilnehmer, die Flughafenleitungen und Mitarbeiter repräsentierten, nahmen an dem Seminar teil. Die Vertreter der Flughafenleitungen stimmten generell zu, daß es nötig sei, Vertreter der Mitarbeiter so früh wie nur möglich bei der Planung und Einführung neuer Technologien miteinzubeziehen und alle Flughafenmitarbeiter jederzeit umfassend zu informieren. Das Seminar behandelte eine breite Palette von Themen, von Informations- und Ticketsystemen bis zur Automatisierung und ihren Auswirkungen auf den Menschen. ICAA-Generaldirektor Herr Block und die ITF vereinbarten, daß beide Organisationen künftig eng zusammenarbeiten sollten.

Europäische Entscheidung über Deregulierung

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat am 30. April entschieden, daß die Verordnungen der nationalen Regierungen, die sich auf die Fluggesellschaften beziehen, den Freihandelsprinzipien der Europäischen Gemeinschaft (EG) widersprechen.

Die Entscheidung zugunsten der in Paris ansässigen Gruppe **Nouvelles Frontiers** besagt, daß die nationalen Bestimmungen, die die Billigung von Flugpreisen durch die Regierung verlangen, die Verträge von Rom, der Gründungsurkunde der EG, verletzen. Der Gerichtshof hat es jedoch den nationalen Regierungen und der EG-Kommission überlassen, die Details festzulegen, die sich aus dieser Entscheidung ergeben.

Die tatsächliche Bedeutung der Entscheidung bleibt also ungewiß. Billigpreis-Fluggesellschaften wie Richard Bransons **Virgin Atlantic** in London haben angekündigt, sie beabsichtigten, Ende des Monats einen Liniendienst mit niedrigem Tarif für wichtige europäische Flugrouten zu beantragen, um die Gerichtsentscheidung zu testen. Die französische Regierung hat jedoch in einer Erklärung, die nach der Entscheidung abgegeben wurde, gesagt, daß sie sich weiterhin frei fühle, die

EG-Bestimmungen zu interpretieren, wie sie es wünsche. Ein Sprecher der Air France und KLM sagte auch, die Entscheidung ändere nichts. Inzwischen hat Air France schon eine Reihe von Tarif-Verbilligungen um bis zu 30% auf bestimmten europäischen Flugrouten angekündigt, vorausgesetzt es kommt zu bilateralen Einigungen.

Was die jetzt entstandene Verwirrung unterstreicht, ist das noch immer eine kohärente EG-Transportpolitik fehlt - ein Bereich der Harmonisierung, den die EG-Mitgliedsländer trotz häufiger Diskussionen und Debatten darüber nicht in den Griff bekommen.

Die einflußreiche Vereinigung Europäischer Fluglinien (AEA) reagierte am 22. Mai auf die Entscheidung mit der Erklärung, daß die EG nun eine gemeinsame Lufttransportpolitik entwickeln müsse. Die größte Gefahr, so die Fluggesellschaften, läge darin, daß jedes Mitgliedsland versuchen könnte, die Freihandelspolitik anders auszulegen. Die europäischen Transportminister werden am 19. Juni zusammentreffen. Die Fluggesellschaften hoffen, daß sie konkrete Schritte in Richtung auf eine gemeinsame Politik ergreifen werden.

SEELEUTE

Japan: Gemeinsame Aktion gegen Billigflaggen

Eine dreitägige Blitzaktion gegen Schiffe mit Billigflaggen (FOC) wurde mit großer Präzision von der der ITF angehörenden All-Japanischen Seemannsgewerkschaft (JSU) im vergangenen Monat durchgeführt. Die Aktion, die in fünf Häfen gleichzeitig durchgeführt wurde, fand zu einem klug gewählten Zeitpunkt statt. Sie wurde während des letzten Stadiums der JSU-Tarifverhandlungen und gleichzeitig mit einem Streik des Bundes der Japanischen Hafentarbeiter in wichtigen Containerhäfen durchgeführt.

Die JSU-Mitglieder schlossen sich den Streikposten der Docker vom 11. bis 14. April an, während Inspektionsgruppen insgesamt 52 Schiffe überprüften. Fünf fuhren unter japanischer Flagge und die anderen 47 waren Billigflaggen, von denen nur neun die blauen ITF-Bescheinigungen besaßen. Schiffe, für die keine akzeptablen Vereinbarung abgeschlossen worden waren, wurden gewarnt, daß sie künftig boykottiert werden könnten.

Die Kampagne war auch insofern erfolgreich, als sie die Masse der JSU-Mitglieder und der Docker über die ITF-Kampagne gegen Billigflaggen informiert hat, und sie zur Unterstützung von und Teilnahme an künftigen Aktionen aufgefordert wurden.

Pariser Regierung will neue Billigflagge

Es wird berichtet, die französische Regierung erwäge ernsthaft, einen abgelegenen Archipel im Südindischen Ozean zum Heimathafen für Billigflaggen zu machen, wodurch die Reeder das Seefahrtsrecht umgehen, nichtfranzösische Mannschaften anheuern und dennoch unter französischer Flagge fahren könnten.

Die Kergueleninseln, Teil des französischen Südpolargebiets, sind von nur 80 Menschen und Tausenden von Pinguinen bewohnt.

Der Vorschlag wurde im Gefolge des antigewerkschaftlichen Lathiere-Berichts über die französischen Reedereien Anfang dieses Jahres gemacht. Einer der Vorschläge des Berichts war, daß die Regierung eine temporäre "Wahlflagge" schaffen sollte, so daß Reeder, die den Wunsch haben, die Flagge zu wechseln, dem Seefahrtsrecht zwei Jahre lang nicht unterliegen.

Bisher hat Frankreich im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern relativ wenig unter "Flaggenwechsel" gelitten. Falls der Plan einer Kerguelen-Flagge durchgeführt wird, werden rund 40 Schiffe, so schätzt man, die Flagge wechseln. Die Offiziere bleiben Franzosen, und es werden nichtfranzösische Mannschaften angeheuert.

ITF-Kampagne: Kartellkomitee tagt in London

Das führende Gremium in der ITF-Kampagne gegen Billigflaggen trifft am 3./4. Juni in London zusammen, um eine Jahresbilanz des Verlaufs der Kampagne zu ziehen. Über 100 Delegierte der ITF-Seeleute- und der Dockergewerkschaften kommen zusammen, um über die Aktivitäten des vergangenen Jahres zu sprechen, über Gewerkschaftspolitik und weitere Aktionen.

Nach einem für das Treffen angefertigten Bericht der ITF Sonderabteilung Seeleute hat 1985 die Gesamtzahl der von der ITF über Billigflaggen gebilligten Vereinbarungen 2061 betragen, gegenüber 1 880 im Jahre 1984. Der Gesamtbetrag der nachgezählten Gehälter, der der ITF im vorigen Jahre gemeldet wurde, betrug \$3 426 445 von 81 Schiffen. Für den Zeitraum von Januar bis April dieses Jahres wurden \$1 361 032 von 33 Schiffen gemeldet.

Die Aktionen gegen Billigflaggen werden rund um den Globus weitergeführt (siehe den Beitrag über die jüngste JSU-Kampagne in dieser Ausgabe), und es gibt jetzt acht zusätzliche ITF-Inspektoren, die im April in den USA ihre Arbeit aufgenommen haben.

Das Kartellkomitee wird auch die ITF-Liste der Länder überprüfen, von denen man annimmt, daß sie Billigflaggen anbieten. Das Sekretariat schlägt vor, St. Vincent, Antigua und Barbuda sowie die Isle of Man der Liste hinzuzufügen. Positiv ist, daß empfohlen werden kann, die Seychellen von der Liste zu streichen. Damit gibt es 18 Länder, die als Billigflaggen-Anbieter geführt werden. Ein vollständiger Bericht über die Debatten und Diskussionen des Kartellkomitees wird in der nächsten Ausgabe der ITF News erscheinen.

HAFENARBEITER

Streiks in Australien -- verhandlungen scheitern

Die Verhandlungen in Australien über ein neues zweijähriges Seefahrtsabkommen sind abgebrochen worden. Mitglieder der der ITF angehörenden Waterside Workers' Federation (WWF) in Freemantle, Newcastle und Hobart führten am 21. Mai einen 24stündigen Streik durch.

Zur Zeit der Drucklegung gab es in anderen australischen Häfen eine Reihe von Arbeitsniederlegungen, während Versammlungen durchgeführt wurden. Es wird erwartet, daß sich die Streikaktionen ausweiten werden. Diese Warnstreiks sind, so die WWF, das letzte Mittel, bevor ein landesweiter Streik erklärt wird.

Todesfall

Ben Kok, der ehemalige Generalsekretär der holländischen Transportarbeitergewerkschaft (Vervoersbond FNV) ist am 23. Mai plötzlich verstorben. Von 1979 bis 1983 gehörte er dem ITF-Vorstand an. Er war auch lange Jahre eines der führenden Mitglieder der ITF-Sektion Zivilluftfahrt. Ihm wurde auf dem Madrider Kongreß 1983 das goldene ITF-Abzeichen verliehen.

ITF-Generalsekretär Harold Lewis fügte hinzu:

Ben Kok hat in der ITF einige tiefe und dauerhafte Freundschaften geschlossen. Er war kein extrovertierter Mensch, besaß aber große Aufrichtigkeit und Integrität. Je besser man ihn kannte, desto mehr mochte und respektierte man ihn. Es tat allen sehr leid, daß er aus Gesundheitsgründen gezwungen war, frühzeitig in den Ruhestand zu treten. Doch schien ihm die Erleichterung, die der Ruhestand ihm brachte, gut zu tun. Die Nachricht von seinem plötzlichen Tod ist daher ein um so größerer Schock. Seine Freunde in der ganzen Welt werden seiner Frau und seiner Familie ihr tiefes Mitgefühl ausdrücken.

Bevorstehende Tagungen

Kabinenpersonal, Technisches Komitee - Madrid - 10./11. Juni 1986
ITF-Vorstand - Luxemburg - 29./30. Juli 1986 35. ITF-Kongreß -
Luxemburg - 31. Juli/8. August 1986

Haltet uns bitte auf dem Laufenden...

Die wichtigste Informationsquelle für die ITF News sind unsere Mitglieder in der ganzen Welt. Versucht also, uns über die Ereignisse in Eurem Land und Eurem Industriebereich zu informieren, damit wir die Informationen weitergeben können. Wir haben jetzt mit einer Verbesserung des Designs und des Stils des ITF News begonnen, und ihr könnt uns helfen, den Inhalt zu verbessern. Lasst uns bitte Eure Meinung dazu wissen, und macht Vorschläge, wie wir diesen Informationsdienst verbessern können.